

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Leichtfried,

Genossinnen und Genossen

betreffend „umgehende Einsetzung einer Sonderkommission betreffend die Situation des rechtsextremistischen Terrors in Österreich – Berichterstattung der Kommission an den Ausschuss für innere Angelegenheiten“

eingebracht im Zuge der Debatte zur Erklärung des Bundesministers für Inneres über „Die aktuelle Situation vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Neuseeland“

Die Aussagen einer Reihe von Expertinnen und Experten zum Thema Terrorismus haben gezeigt, dass in Europa eine aktuelle Bedrohung durch rechtsextremistische Netzwerke latent vorhanden ist. Während im Nachbarland Deutschland dies erkannt wurde und umfangreiche Ressourcen für die Beobachtung und Bekämpfung dieser Gefahr investiert werden – so wurden die Personalressourcen in diesem Bereich um 50 % erhöht –, ist in Österreich nicht erkennbar, dass angesichts dieser Bedrohung und auch der jüngsten Ereignisse entsprechend reagiert wird. Vielmehr wurde in der Diskussionssendung „Im Zentrum“ am 24. März dieses Jahres durch den Leiter des BVT Peter Gridling bekannt, dass dem BVT keine Ressourcen im Bereich von Ermittlerinnen und Ermittlern für Social-Media-Aktivitäten zur Verfügung stehen, obwohl alle Expertinnen und Experten der Überzeugung sind, dass gerade in diesen Foren die Netzwerke gebildet werden und dort der inhaltliche Austausch stattfindet.

Auch bei der Einvernahme von Auskunftspersonen im laufenden BVT-Untersuchungsausschuss werden solche Sachverhalte laufend bekannt. Es sollen daher im Rahmen dieser Sonderkommission und deren Berichterstattung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten auch Vorschläge formuliert werden, in welche Ressourcen investiert werden muss, um die rechtsextremen Netzwerke, die auch Österreich betreffen, zu zerschlagen. Diese Berichterstattung soll längstens bis 30. Juni dieses Jahres erfolgen. Damit hätte der Ausschuss für innere Angelegenheiten die notwendigen Informationen, um allfällige Gesetzesinitiativen voranzutreiben sowie budgetäre Vorschläge zu erstatten.

Welche wertvolle Arbeit eine solche Sonderkommission leisten kann, zeigt der Bericht der Sonderkommission Brunnenmarkt, der klare Empfehlungen aus den Erkenntnissen seiner Arbeit formuliert hat und diese auch transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung

Der Nationalrat hat beschlossen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz sowie der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, umgehend eine Sonderkommission betreffend die Situation des rechtsextremistischen Terrors in Österreich einzurichten, welche längstens bis 30. Juni dieses Jahres einen Bericht an den Ausschuss für innere Angelegenheiten vorlegen soll.“

